

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 61 (1927)

284 (19.10.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-747272](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-747272)

Die „Nachrichten“ erscheinen täglich, auch an den Sonntagen. Von heute ab bei allen Postanstalten, in Oldenburg in der Geschäftsstelle, Peterstr. 28, zu haben. Preis 20 Pf. pro Woche, 1.25 Goldmark. Für den Monat Oktober 2.25 Goldmark.

Verantwortlicher: Schriftf. Nr. 190, Geschäftsstr. 41 u. 47. Druck: H. H. H. & Co. in Oldenburg. Postzeitung: Nummer 22381.

Nachrichten für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 284

Oldenburg, Mittwoch, den 19. Oktober 1927

61. Jahrgang

Marmorbüsten im Reichstag.

Feierlicher Akt der Aufstellung.

Berlin, 18. Oktober.

Im Reichstag wurden heute mit einer feierlichen Feier die Marmorbüsten der ersten beiden Reichspräsidenten, Friedrich Ebert und von Hindenburg, übergeben, die in der Wandelhalle aufgestellt worden sind. Die Büste Eberts ist von Professor Alexander Mühlen, die Büste Hindenburgs von Professor Scharff-Berlin geschaffen worden.

In der feierlich geschmückten Wandelhalle hatten sich neben den Vertretern der Parteien auch die Minister Dr. Stresemann, Dr. Kroll, Dr. Koch, Herrgott, v. Knebel und der Reichskanzler versammelt. Der Reichskanzler führte die Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert an den Ehrenplatz.

Anwesend war auch Dr. Meißner, der beiden Reichspräsidenten seine Dienste als Staatssekretär gewidmet hat. Von einem mit der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne geschmückten Nebentisch aus hielt Reichstagspräsident Loebe eine kurze Ansprache, in der er u. a. sagte, der Reichstag übernehme heute die Standbilder der beiden ersten Präsidenten der deutschen Republik. Friedrich Ebert, der Mann aus dem Volke, habe aus diesem Hause seinen Ausgang zu den höchsten Aufgaben genommen. Als Abgeordneter, als Vorsitzender des Hauptausschusses, als Parteiführer wirksam, habe er sich schon dadurch die Verehrung seiner Kollegen, die Achtung auch der politischen Gegner erworben. Der Zusammenbruch des alten Staates habe ihn zu Aufgaben und Pflichten geführt, die er in seinem Leben sicher nicht ahnen konnte. Als je aber an ihn herantrat, habe er sie mit staatsmännischer Begabung gemeistert. Heute würden ihm, der dem Volke die Einheit des deutschen Staates retten half,

der die neue Verfassung mit Eifer, rings im Lande Denkmäler der Dankbarkeit errichtet. Neben dem Ebert, wollte der Reichstag dem zweiten Reichspräsidenten, von Hindenburg, in der gleichen Weise ehren, ihn, der von innerem Pflichtgefühl getrieben, die Eberts Eberts angetreten habe, als die Mehrheit der abstimmen Bürger ihn dazu bestimmte. Vom Tage seines Amtsantritts an habe auch der zweite Reichspräsident sich als der Repräsentant des ganzen deutschen Volkes gefühlt, nicht als der Vorstand einer einzelnen Partei. Er habe seine Stimme immer für einen vereinigten deutschen Volk geleitet, der sich nicht für eine feierlich vorzunehmende Abstimmung der einmal unvermeidlichen politischen Kämpfe erhoben. Welche Achtung er sich dadurch erworben habe, habe sein Geburtstagsfeier bestätigt. Die Ehrung der beiden ersten Reichspräsidenten durch den Reichstag müsse jeden Staatsbürger davon überzeugen, daß das deutsche Volk nicht leicht dabei fahre, wenn es seine Führer in freier Wahl wählt, wenn es denjenigen Bürger dazu ruft, den es für den fähigsten und würdigsten halte. Von den Standbildern solle überströmen das Vorbild selbstloser Hingabe an das deutsche Volk. Als Friedrich Ebert nach fast sechsjähriger Amtsführung in der Heideberger Erde beisetzt wurde, sei er so verdienstlos gewesen wie an dem Tage, als er zum ersten Male den Schritt in den Reichstag lenkte. Auch dem lebenden Reichspräsidenten bleibe nur ein persönlicher Erfolg seines Amtes: die Ehre, wenn der Geist der Pflichterfüllung und der Opferbereitschaft, der beide Präsidenten befehle und befehle, als Beispiel für alle die gelte, die zu ihren Pflichten arbeiten, dann würden sie noch lange als hohe Mahner auf Generationen ihrer Nachkommen bliden können.

Der Reichstagspräsident dankte dann den Schöpfern der Standbilder und übernahm diese in die Obhut des Reichstages.

liegenen Gesehnturmes und hebt u. a. hervor, daß im Gegensatz zum Entwurf von 1919 heute alle drei Schulformen behandelt würden. Die Verfassung lasse ein Nebeneinander aller drei Schulformen zu. Auch die Staatsgesetzgebung habe es nicht vermocht, einen einheitlichen Typ für die deutsche Volksschule durchzusetzen. Es gelte auch Grundfrage aufstellen über die Handhabung der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts an den Schulen, um Richtlinien zu finden, die ein Mindestmaß von Vereinigung der Bevölkerung in dieser Frage schaffen. Der Vorwurf, daß die Volksschule durch den vorliegenden Entwurf zerfallen werde, sei nicht stichhaltig. Der Minister kommt zu dem Ergebnis, daß die Vorlage der Regierung nicht verfassungswidrig sei. Jede Beamtenschaft der Gemeindefachschule werde peinlich vernommen. Entspricht es wirklich der freiheitlichen Entwicklung unserer Tage, so erklärt der Minister, allen Ländern von Reichs wegen eine bestimmte Schulform als Regelschule aufzuzwingen? Würde ein solches unheimliches Verfahren nicht Unruhe und Kampf bis in die entferntesten Teile unseres Vaterlandes tragen? Wird nicht auf lange Sicht die Gemeindefachschule besser fahren, wenn sie in friedlichem Wettbewerb neben den Bekenntnisschulen wirkt?

Der Minister erklärt, das Recht des Elternwillens für die Bestimmung der Schulart sei keine Erstbegründung der Zukunft. Es sei in der Reichsverfassung (Schule), und es erfordere der Verfassung, wenn dieses Recht auch im Schulgesetz Anwendung findet. Der Minister betont, daß das alleinige Recht des Elternteils des Staates im Entwurf selbstverständlich abgeschwächt sei. Unbeschadet dessen sei aber den Religionsgesellschaften eine gewisse Mitwirkung ermöglicht. Es wäre wünschenswert, wenn der Staat den Inhalt des bestimmungsmäßigen Religionsunterrichts von sich aus bestimmen würde. Es entspräche der Reichsverfassung und der Gerechtigkeit, wenn man dies den Religionsgesellschaften überlasse. Im übrigen solle sich der Entwurf den bisherigen unterschiedlichen Verhältnissen in den Ländern anpassen. Der Minister geht dann auf die Reichsratsverhandlungen ein und erklärt, in der Kassenfrage habe die Reichsregierung zurzeit auf dem Standpunkte, daß Erklärungen erst dann möglich sind, wenn die Gestaltung des Entwurfs die entstehenden Kosten genauer überlegen lasse. Die Reichsregierung hat nicht gewillt, die Zahl der Länder, in denen Simultanschulen bestehen, zu erweitern und den Ländern dauernd die Entscheidung über die Einführung der Simultanschule zu überlassen.

Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Haas erwidert er, daß der vorliegende Entwurf einmütig von der Reichsregierung eingebracht worden ist.

Der Minister legt dann die Stellungnahme der Regierung zum Schulgesetzentwurf nach seiner Ablehnung im Reichsrat dar und betont, daß mit der Vorlegung des Entwurfs in seiner ursprünglichen Fassung nach Auffassung der Reichsregierung den Erfordernissen der Verfassung vollumfänglich Genüge getan sei. Die Frage der Berücksichtigung des Elternwillens und die Frage der Erteilung des Religionsunterrichts spielten eine besondere Rolle. Der Entwurf sei besonders geeignet, der Erneuerung des inneren Lebens unseres Volkes zu dienen.

Es sei auch zu erinnern an die Erklärung des Reichskanzlers, daß ein Schulgesetz sich nur auf christlicher Grundlage aufbauen könne. In der Öffentlichkeit sei man allerdings nicht sehr tief in den Entwurf eingedrungen. (Rachen links.) Mit besonderem Ernst gehe die Reichsregierung an die Einführung des damals vom Reichsrat abgegebenen Versprechens heran, es gelte ein Gesetz, das heraustrat, das festliche auch in künftigen Zeiten. Im materiellen Sinn komme heute bei unserer Jugend die innere Not, die Enttäuschung und Verzweiflung über die falschen Ziele, die ihr gewiesen wurden. Wenn auch Ziellosigkeit und Schamlosigkeit sich heute auf allen Gassen breit machen, wenn das Gefühl für Recht und Unrecht zweifellos weithin verloren gegangen sei, so bestreite der Reichspräsident, daß die erhöhte Gefahr, den Verbindungen der Zeit zum Opfer zu fallen. Der Jugend das richtige Rüstzeug mitzugeben, sei Aufgabe von Schule und Elternhaus. Wahre Freiheit entspreche nur da, wo der Mensch gebunden ist an Gott. Es handle sich nicht um religiöse Vereinnahmung, wenn in Übereinstimmung mit dem Willen der Elternschaft die christliche Schule gefördert werden sollte. Nur die christliche Erziehung führe zur wahren Volksgemeinschaft. Zum Schluß fordert der Minister die Hoffnung aus, daß die Verabschiedung des Gesetzentwurfes zuweilen empfunden werden möge als äußeres Zeichen tiefer innerer Erneuerung unseres Vaterlandes (Beifall bei den Regierungsparteien. Zischen links.)

Abg. Schröder (Soz.)

erklärt, die Regierungsmehrheit habe die schulpolitischen Fragen über die Not des Volkes gestellt. Bis zur Stunde habe keine Partei gegenüber dem Minister immer ein Gesicht der Achtung bezeugt. In dieses mische sich jetzt das Mißverständnis, daß der Entwurf der Reichsregierung. Der Redner fragt, wie es der Minister noch mit seiner Ehre vereinbaren könne, daß er nicht sein erstes Auftreten dazu benutze, das Unrecht an v. Zedlitz auszumachen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die jetzige Regierung sei eine Regierung der Hilflosigkeit. Von einer Einigkeit in dieser

Erste Beratung des Reichsschulgesetzes.

Sitzungsbericht.

Berlin, 18. Oktober.

Der Reichstag hat am Dienstag seine parlamentarischen Arbeiten wieder aufgenommen, wenn auch zunächst nur für eine kurze Zeit, um die Schulgesetzvorlage und die Befolgebungsreform in erster Lesung durchzuberaten. Im November beginnt er seine Volltätigkeit fortzuführen, wie werden aber in der Zwischenzeit die Fraktionen in den Ausschüssen eifrig am Werke sein, zumal hier das Schicksal der Vorlage in den nächsten Wochen liegen wird.

Zugewandte Sensationen brachte der erste Tag nach den Ferien nicht. Zunächst sah das Plenum eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte, in der die Oppositionsparteien so ziemlich alle abtuben, was sie aus dem Herzen hatten. Die Sozialdemokraten verlangten eine Besprechung ihrer aus Unklarheit des mittelständischen Vergarbeitskreises eingebrachten Interpellation. Die Nationalsozialisten wünschten eine Debatte über die Novelle zum Vereinsgesetz, die Kommunisten wiederum forderten als das zentrale, was sie schon vor den Ferien dem Reichstag als ihre Ansicht nach sehr dringlich offeriert hatten. Auch die Demokraten schloßen nicht, die zu gerne gewillt hätten, ob der Schulgesetzentwurf das Kabinett gegen die Stimmen der völkischen Parteien Minister passiert hätte. Der Reichsarbeitsminister Braun griff in die Geschäftsordnungssprache ein, mit der Feststellung, daß er in diesem Augenblick eine Erklärung der Vorgänge in Mitteldeutschland für nicht ratsam halte. Damit war das Schicksal der sozialdemokratischen Interpellation zunächst entschieden. Alle vorgebrachten Wünsche wurden nachsander abgelehnt, so daß es bei der alten Tagesordnung blieb.

Jetzt endlich konnte sich der Reichsinnenminister von Knebel erheben, um seinem Schulgesetzentwurf ein Geleitwort mit auf den Weg zu geben. Neue Gegenstände traten dabei aber nicht in die Erscheinung, er operierte vielmehr mit der Reichsverfassung, die seiner Ansicht nach ein Nebenhandwerk aller drei Schulformen anstosse; er wies den Vorwurf zurück, daß durch seinen Entwurf die Volksschule zerfallen werde, und kam dann zu dem Ergebnis, daß die Vorlage nicht verfassungsändernd sei. Besonders betonte Herr v. Knebel, die Reichsregierung sei nicht gewillt, den Ländern dauernd die Entscheidung über die Einführung der Simultanschule zu überlassen und damit die Zahl der Simultanschulen zu erweitern. Damit war er dann schon am Ende, so daß sich die allgemeine Ansprache sofort anschließen konnte, die durch den Sozialdemokraten Schröder eröffnet wurde. Wenn man aber glaube, der sozialdemokratische Redner würde das Haus mit tiefstehenden Ausführungen überflüssig machen, so hatte man sich doch gewaltig geirrt. Was Herr Schröder vorbrachte, hatte zum Teil mit dem Schulgesetz gar nichts zu tun, zum anderen war es lediglich eine Betonung der Einstellung der Sozialdemokratie zur weltlichen Schule. Auch Herr Mann von den Deutschnationalen glaubte, sein Vortritt für den Ausschuss aufpassen zu müssen, innerlich schmitzt er doch wenigstens die nicht ganz uninteressante Frage der finanziellen Belastung an, die er allerdings dahin beantwortete, daß die Durchführung der Gemeindefachschulen die finanzielle Belastung nur erhöhen würde. Im übrigen sprach er sich dafür aus, daß die Konfessionschule erhalten bleiben müsse.

Präsident Loebe eröffnet die erste Sitzung nach der Sommerpause mit Begrüßungsworten an die Abgeordneten. Der Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Müller-Franken (Soz.) die Schulvorlage von der Tagesordnung abzuheben. Für die zweifelslos verfassungsändernde Vorlage werde eine qualifizierende Mehrheit für den Entwurf doch nicht vorhanden sein. Der Redner beantragt, statt der Schulvorlage die sozialdemokratischen Interpellationen zur Feuerung und zum mittelständischen Braunkohlenfreit zu beraten. Abg. Dr. Friedl (Nat.-Soz.) verlangt die Beratung eines Antrages, der sich gegen die im August vollzogene politische Festnahme von Berliner Teilnehmern des Nationalsozialistischen Parteitages wendet. Er beantragt in diesem Zusammenhang die sofortige Beratung der Novelle zum Vereinsgesetz. Abg. Stöcker (Komm.) fordert die Ablehnung der Schulvorlage von der Tagesordnung und dafür die Beratung kommunikativer Anträge zur Feuerungsfrage. Schließlich verlangt der Redner die Beratung eines kommunikativen Antrages auf Auflösung des Reichstages.

Reichsarbeitsminister Braun erklärte, er stehe in ständiger Fühlung mit beiden Parteien im Vergarbeitskreis. Er habe auch die begründete Hoffnung, daß die bevorstehende Wiederannahme der Verhandlungen um einen Vertriebsvertrag führen werde. Der Minister erklärt, daß nach der Ablauf dieser Woche der Vergarbeitskreis zur Besprechung kommen solle. Abg. Graf Westarp (Dl.) tritt für die sofortige Beratung der Schulvorlage ein. Die Ablehnung durch den Reichsrat sei kein verfassungsrechtliches Hindernis. Abg. Dr. Haas (Dem.) verlangt von der Regierung Klärung darüber, ob sie wirklich vollständig hinter der Schulvorlage stehe. Im Lande werde behauptet, daß die beiden völkischen Parteien Minister mit dem Schulgesetzentwurf nicht einverstanden seien. Abg. v. Guericke (Zit.) erklärt, im Gegensatz zum Abg. Müller-Franken halte das Zentrum die Schulvorlage nicht für verfassungsändernd. Darum sollte man zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten recht bald mit der Beratung beginnen. Die Beratung der Interpellation zum Vergarbeitskreis noch in dieser Woche, verlange auch das Zentrum.

Gegen die Linie und die Vorschriften werden die Anträge auf Veränderung der Tagesordnung abgelehnt. Es bleibt dabei, daß die Schulvorlage mit der ersten Beratung einer demokratischen Interpellation über die Frage der Kostenbedeutung verbunden bleibt.

Reichsinnenminister von Knebel leitete die Beratungen ein und erklärte, für die Einbringung des Reichsschulgesetzes seien in erster Linie nachzudenken gewesen die Wünsche der christlichen Elternschaft, um einem christlichen Reichsschulgesetz. Andererseits müsse anerkannt werden, daß die von verschiedenen Ländern, namentlich von Preußen, betonte Notwendigkeit, auch den weltlichen Schulen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, berücksichtigt werden müsse. Der Minister bezieht sich auf seine im Reichsrat gegebene Darstellung der Einzelheiten des vor-

Hierzu 3 Beilagen

Nachstoalition könne nicht die Rede sein. Man sollte dafür Sorge tragen, daß eine reinliche Trennung von Kirche und Staat statfinde. In Wirklichkeit hätten letzten Endes nicht die Eltern zu bestimmen, sondern die Kirche. Die Sozialdemokratie trete für die weltliche Schule ein, weil nur diese eine Erziehung in weltlicher Duldbarkeit gewähre, indem sie den Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen volle Betätigung ermöglicht. Das Ziel der Sozialdemokratie sei in diesem Augenblick weitestens darauf gerichtet, die Gemeinheitschule als Regelschule durchzuführen, deren Charakter nach der Reichsverfassung durchaus weltlich sein müsse.

Abg. M u m m (D.).

Bezeichnet den Aufsicht zum Reichsschulgesetz als durchaus erfüllt. Das eigentliche Ziel der Gegner des Entwurfs sei die Beseitigung des Religionsunterrichts in der Schule. Die Sozialdemokratie trete für die Gemeinheitschule ein, weil nur diese eine Erziehung in weltlicher Duldbarkeit gewähre, indem sie den Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen volle Betätigung ermöglicht. Das Ziel der Sozialdemokratie sei in diesem Augenblick weitestens darauf gerichtet, die Gemeinheitschule als Regelschule durchzuführen, deren Charakter nach der Reichsverfassung durchaus weltlich sein müsse.

Abg. Reinkens (Z.).

begreift die Vorlage und empfiehlt ihre baldige Ueberweisung an den Bildungsausschuss. Das Zentrum werde alles tun, um dem deutschen Volke eine leistungsfähige öffentliche Volksschule für die Zukunft zu geben. Aus Mangel an ständigen Angriffen gegen das Zentrum stelle man jetzt völlig unbegründete und durchaus falsche Behauptungen über die Stellung der Reichsschule. Die Sozialdemokratie sei sicher froh, daß sie jetzt nicht in der Zwangslage sei, die Schulgesetze mitarbeiten zu müssen. Der Redner schilderte die kulturellen Pflichten des Staates und erklärte, das Zentrum wolle alles tun, um dem Staat bei der Erfüllung dieser Pflichten zu helfen. Verhinderer aber werden müsse eine Schulmangel, wenn die Schule nicht die Rechte in ihren Rechten nicht beschränken. Die Kirche habe sich in der Vergangenheit zu einem verächtlichen Teil der Jugendberührung gewandt. Weiter würden in dem Entwurf die Rechte der Kirche nicht so klar abgegrenzt, wie es das Zentrum wünsche. Der Redner tritt für die Verwirklichung der Schule für alle drei Konfessionen ein. Es sei nicht etwa die Schuld der Konfessionsparteien, wenn heute das deutsche Volk verfallt sei. Es sei völlig falsch, zu erklären, die Verwirklichung der Schule sei im wesentlichen ein Kampf des Gottesglaubens in der Kultur. Der Redner betonte zum Schluss den Verhandlungscharakter des Entwurfs bei den Beratungen dieses Gesetzesentwurfes.

Die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz werden dann abgeschlossen. Ein kommunikativer Antrag betr. Sozialbürgerunterstützungen wird dem Ausschuss für die bestehenden Gesetze überwiesen. Ein Abkommen über die internationale Rechtsordnung für Seefahrer geht an den auswärtigen Ausschuss. Ohne Aussprache angenommen wird der Vertrag mit Frankreich über die Festsetzung der Grenze, das Luftverkehrsabkommen mit Italien und das Luftverkehrsabkommen mit Griechenland. Ein Abkommen mit Polen über die Verwaltung der die Grenze bildenden Städte der Warthe wird in erster Lesung genehmigt. Zur Annahme gelangt das Statut über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen.

Das Haus verläßt sich dann auf Mittwoch, 13 Uhr: Fortsetzung der ersten Lesung des Reichsschulgesetzes. Schluß 19 Uhr.

Der romantische Amphitryon.

Kleinfest im Landesbühnen.

Im Mittelpunkt des — fast tragischen! — Lustspiels steht jene von innigster Begeisterung erfüllte Aussprache zwischen Jupiter und Alkmene. Der Göttervater, der die irdische Königin der Thebaner in den Gestalt ihres Gatten Amphitryon heimgeführt, will nicht als der, in dessen Körperlichkeit er trügerisch vor ihr erscheint, sondern in seinem wahren Wesen, als der Olympier, von ihr erkannt und geliebt werden. In qualvoller Eifersucht ringt er, der ihren Leib besaß, um den Besitz ihrer Seele. Aber hier verlagert selbst die Macht des Gottes; kein anderes Bild als das des Gemahls vernag Alkmene in ihrem Herzen zu tragen. Schmerzlich empfindet und erkennt Jupiter sich selbst als betrogen:

Er war der Hintergangen! Ihn hat seine böse Kunst, nicht dich getäuscht, Nicht dein unschlares Gefühl! Wenn er In seinem Arm dich wählte, lagst du an Amphitryons geliebter Brust, wenn er Von Küßen träumte, drücktest du die Lippe Auf des Amphitryon geliebten Mund. O, einen Stachel trägt er, glaub' es mir, Den aus dem Nebelglühenden Wesen ihm Die ganze Götterwelt nicht reißen kann.

Diese Tragik Jupiters aber: „Nicht der Dämon ist öde ohne Liebe“ — ist die ganz persönliche Tragik Heinrich von Kleists, der, Olympier aus dichterischer Verurteilung, den Fels der liebevollen Einsamkeit bis auf die Höhe geleitet hatte. Hier wird die Poesie zum Verhängnis, in dem das Herz des glücklichen Vereinten nach beglückender Zweifelsart streift.

Das Erlebnis, das hinter den Jupiter-Szenen seines Amphitryon steht, ist das Wiedersehen mit der einstigen Verlobten Wilhelmine von Jenge 1806 in Königsberg, wo sie inzwischen die Gattin von Staats-Ratsherr, Professor Krug, geworden war, mit dem sie in unsicherer, freundschaftlicher Ehe lebte. In seinem Ideal hatte Kleist sich die Braut ehe- dem umschlossen wollen; „welches mich oft bekümmerte“ — so gesteht sie. Am Zusammenstoß von Traum und Wirklichkeit war diese echt romantische Liebe echt romantisch gescheitert. In der ihm unerschütterlich fern gerückten, weil einem anderen in Treue zugehörigen Geliebten fand nun der Dichter jenes symbolhafte Ideal des Weiblichen, wie es seiner Seele in

Am Donnerstag Schlichtungsversuche.

Berlin, 18. Oktober.

Zur Fortsetzung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens im Lokalfreit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat der Schlichter die Parteien am Donnerstag, den 20. Oktober, nach Berlin geladen.

Verstärkte Streiklage.

Halle, 18. Oktober.

Die Streiklage in Mitteldeutschland hat sich im Laufe des heutigen Tages wesentlich verschärft. Wo gestern noch zum Teil noch gearbeitet wurde, ruhen die Betriebe nun vollständig.

Im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbaugebietes betrug der Verband am ersten Streiktag 40 Prozent des Normalertrages, im Niederlausitzer Revier 60 Prozent. Im Bitterfelder Revier arbeitet Golpa mit 120 Mann, die den vollen Bedarf des Kraftwerkes Jachymowitz liefern, so daß Störungen in der Stromlieferung für Berlin und Magdeburg nicht zu erwarten sind. Auch die Stromversorgung Sachsens soll gesichert sein.

Am allgemeinen glaubt man an ein baldiges Ende des Streiks und sieht in der Abreise des Regierungspräsidenten Gräner, der heute vormittag auf Anruf des preussischen Handelsministers nach Berlin gefahren ist, ein gutes Vorzeichen.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 19. Oktober.

In ihrer Besprechung der gestrigen Reichsschulgesetzgebung, die die Einbringung des Reichsschulgesetzes durch den Reichsausschuss zum Ausdruck und den Beginn der Aussprache brachte, hebt die „Tägliche Rundschau“ hervor, daß die beiden völkereigenen Minister nur unter Vorbehalt ihre Zustimmung zu dem Entwurf gegeben haben. Der Reichsausschuss wisse am besten, daß seine Vorlage noch wesentlichen Änderungen unterworfen werden müsse, ehe sie Gesetz werde. Als verheißungsvoll erachtet man, daß das Zentrum mit christlichen Verhandlungswilligen in die Beratung des Gesetzes herantrete.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt fest, daß die Rede von Keubels von Zurückhaltung und Vorbehalt stützt gewesen sei. Durch diese Haltung sei die tatsächlichen Verhältnisse nicht so den kommenden Verhandlungen dienlich. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, durch das starke Vernehmen der Redner der Deutschen und des Zentrums zu den Grundgedanken des Reichsschulgesetzes, dem die Stellung der Opposition außerordentlich erwiesen, denn sie habe es nicht leicht, die großen Gedanken des Gesetzes einfach zu leugnen.

Die „Volkszeitung“ hebt an der Rede von Keubel besonders hervor, daß der Reichsausschuss ein unangenehm Vernehmen zur öffentlichen Geltung abgeben habe. Der „Orientierung“ erscheint es bemerkenswert, daß die Deutschen und das Zentrum bereits zu erkennen gegeben haben, daß sie über die Regierungsvorlage hinaus zu Entgegnungen bereit sind. Weiterhin urteilt der „Börse“ sehr ungünstig über die Bemerkungen von einem Romantiker, der in der Rede von Keubel, daß die Regierung seine Entscheidung des Staatsgerichtshofes darüber einhalten habe, daß ihre Auffassung, das Gesetz sei nicht verfassungsändernd, auch richtig sei. Die „Volkszeitung“ meint, die Rede des Reichsausschusses sei, gemessen an der Bedeutung der parlamentarischen Entscheidung, sehr schwach. Im wesentlichen ist die parlamentarische Entscheidung des Reichsausschusses nach den Vorgängen im Reichstag sein werden, welche bei den internationalen Verhandlungen sehr bald eintreten. „Vorwärts“ ist besonders ungenügend darüber, daß der Sozialdemokratische Antrag, vor dem Schulgesetz den Streik zu behandeln, nicht durchgegangen ist.

Streik auch in Braunschweig.

Braunschweig, 18. Oktober.

In den Bergarbeiterverhandlungen in Helmstedt, Zomersdorf, Harde und Barnebeck ist jetzt ebenfalls im Anschluß an den mitteldeutschen Braunkohlenstreik der Ausstand beschlossen worden. Einstimmig wurde die vom Schlichter des Reichsarbeitsministeriums vorgeschlagene Vorkonferenz von 4 bis 6 Prozent abgelehnt. Der Betrieb der braunschweigischen Kohlenbergwerke ruht vollkommen. Der Streik hat bereits auf die Metall- und Holzwerke in der im Berg übergegriffen, wo die Arbeiter wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt haben. Auch hier ruht der Betrieb vollkommen.

Teno und Bergarbeiterfreit.

Halle, 18. Oktober.

Wie aus der Sitzung der Zentralfreileitung mitgeteilt wird, hat diese beschloffen, die Erklärung abzugeben, daß die Zentralfreileitung bei einem Eintrag der Technischen Hilfswille in den besetzten Braunkohlenbergwerken sich gezwungen sehen würde, jegliche Poststandsarbeiten sofort einzustellen.

Konsenten der Merseburger Regierung wird erklärt, daß Beschlüsse über den Eintrag von Technischer Hilfswille bisher nicht gefaßt seien, auch hätten die Grubenverwaltungen diesbezügliche Anträge nicht gestellt.

Der Petljura-Prozeß.

St. Petersburg, 18. Oktober.

Der Prozeß gegen den Mörder des Getreides des Ukraine, Petljura, hat heute mittag begonnen. Der Gerichtssaal konnte die zahlreichen Zuschauer und Journalisten kaum fassen, die sich zwei Stunden vor Beginn der Sitzung in den Saal drängten. Da es sich um einen Prozeß handelt, der einen ausgeprägten jüdischen Charakter hat, war der größte Teil der Anwesenden Juden, aber auch zahlreiche Slawen saßen an, insbesondere Ukrainer. Auf der Anklagebank saß Schmarha, der Mörder. Er spricht leise in schlechtem Französisch, aber wie er zu sprechen beginnt, da befehl sich seine ganze Gestalt. Die einzelnen Worte werden durch lebhaftesten Gesten unterstrichen. Er spricht sich offen mit dem Worte, den er an Petljura begangen, und stellt sich als den Mörder seiner jüdischen Volksgenossen in der Ukraine, als den, der Petljura erschossen hat, da er es ihm an: „Nan Petljura!“ Ein Blick voll Verachtung streifte ihn. Petljura erhob den Stuhl vor ihm und Schwarzbard erhob die Pistole. Er rief ihm zu: „Vereidige dich, Kanael!“ Kanael (Joch) er auf ihn, fünfmal ohne Unterbrechung. Beim fünften Schuß fiel Petljura um.

Mit Stolz führt Schwarzbard in seiner Erzählung fort: „Nicht ein Wort konnte er sprechen, nicht ein einziges, nur Schreie, Schreie, Schreie, Schreie: Ach, ach, o, o!“ Als er tot war, als er nicht mehr sprechen konnte, da er sich Schwarzbard seine Waffe. Unterbreiten war das Publikum wie ein Schwarm von Fliegen herbeigekommen. Ein Polizist erschien und sagte zu Schwarzbard: „Der Mann ist tot. Folgen Sie mir.“ Hier wird er vom Präsidium unterbrochen: „Gehen Sie, daß Sie ihre Freunde nicht verwechseln.“ Als die den Tod Petljuras erkannten? Und Schwarzbard schrie, wie er sich freute, als ihm von dem Präsidium bestätigt wurde, daß er tatsächlich Petljura ermordet hätte. Nun taucht die Frage

phantastischer Versuch vorgeführt, daß, wieder, und gerade die Ferne formte in vertieftem, verklärtem Glanz das irdische Vorbild zum ewigen Jod.

Zu bist, du Heilige, vor jedem Zutritt

Mit diamantenen Gliedern anzu.

Auch selbst der Glühende, den du empfängst,

Entficht dich schuldlos noch und rein, und alles,

Was sich dir naht, ist Amphitryon.

Diese Jupiterjensei mit echter Kleist. In ihnen verläßt er die burschenschaftliche Späße Moliers, schreitet hoch hinaus über die niedere Stofflichkeit der Gesellschaftssatire, die jener der Bearbeitung darbot. Molier greift den Vorwurf auf aus einer antiken Komödie des Plautus — doch auch nicht unmittelbar; dreißig Jahre vor ihm hatte Jean Rotrou, „Die beiden Soffas“ geschrieben. Molier macht aus Jupiter in durchdringender Karikatur Ludwig XIV.; Alkmene ist ein leichtfertiges Mädchen des einstufigen Pariser Hofes, ihr Gatte Amphitryon aber ein gehörter Edelmann, der sich beim König für die seinem Haus überführte Ehre in Demut bedanken muß.

Kleist führt die ridikal zweifelhafte Begebenheit in den vollen Boden, tragischen Ernst der Antike zurück, verlegt sie wieder in die mythischen Bereiche der griechischen Sage von der Geburt des Herkules, des Menschenrinders, dem am Schluss der Dichtung Jupiter selber der von ihm begnadeten Frau als Sohn verleiht.

Derart erzählt der im französischen Lustspiel ins Privile umgeformte Vorwurf seine gehobene Mäandern in das Urpringschema. Nicht aber so, als ob man ein archaisches Drama im Stil der antiken Tragödie daraus geworden wäre; das persönliche Erlebnis des Romantikers Kleist läßt diese Jupiter-Symphonie zu einem unergreiflichen Ausdrucksgebilde der romantischen Liebe werden, die ins Unendliche schweift — typisch ähnlich der Art, in der der Wilhelm Schlegel die antike Mythologie von jenem Künstler, der die eigene Schöpfung durch die Macht seines grenzenlosen Empfindens befehle, erscheint:

Höher steht sein einziges Begehren,

Gingelchneigt an einen jenen Leib

Würde demnach Schicksal ihn verheeren:

Was ihm selbst gewährt sein irdisch Weib.

Alfred Möllers Ingenieursgedanke geht von der sehr glücklichen, schönen Idee aus, den „Amphitryon“

des Romantikers Kleist benutzt aus den Bezirken einer weber antiken, noch auch modernen, sondern traumhaft illustriert angenommenen Romantik. Das in der Einleitung der hart aufeinander gebauten, massig geschlossenen Quadern an sich plastisch herbe gefasste Bühnenbild Walter Giese erhält eine seltene weiche, verschwommene Auflösung durch das Licht und die Farbe; eine ganze Tonfalla wechsender Einfaltungen spielt vom satteften Purpur und tiefenblauen romantischen Blau bis zum gleichen Silberlamé in der Behandlung Jupiters und Amphitryons, der Alkmene.

Gleich Farbe und Licht ist die Deklamation auf feinste Stimmung gestimmt. Serrlich erhält das schimmernde Geis der lobbaren Verse. Alles herausgebracht mit einer Liebe zur Dichtung und in solch harter, selbständiger Intuition, daß die prächtig gelungene Inszenierung sich als ein Festspiel ansprechen läßt, wie es dem hohen Anstalt einer außerordentlichen Kleist-Ehrung nicht würdiger zu wünschen wäre.

Eine glühend befehle, hochheilige Erscheinung der Jupiter Walthers Sängers. Hier wäre nur ein wenig zu dämpfen, wenn das in allen Regnern wohlgeordnete Organ allzu gefällig in der eigenen Konfession schwelgen möchte. Ein paar Grade noch weniger Effekt, und die an sich hochansehnliche Leistung würde ins Große. — Sehr leise, in der frühen Stille dieser weichen Frauenhaltung ergreifende Jüge weißt Margarete Kle als Alkmene auf. Hier kommt ihre, mehr auf demütige Innerlichkeit, als auf heroische eingestellte Lebenswerte Begabung zur rechten Entfaltung. Der Zauber unerschütterlicher Menschheit wird voll erfüllt, Leid und Befestigung erfahren eine darstellerische und stimmungsvolle Ausbeutung, die rührend ist. — Der übermütigen Doppeltrug des Hauptpaars ist die mehr äußerliche des eiferfüchtigen Amphitryon nicht gewachsen. Däsa Ritzke bietet den Amtr, wohl, kommt aber an die menschliche Schicksalsfrage nicht völlig heran.

Werner Hinz in überprüfender, famiger Drollerie erfüllt den Harlekin Soffas mit einem naiven Humor, der von drastischer Lebendigkeit ist: Max Loewen und Eise Grün ergänzen in wirksamer Komik das Bühnenbild.

Den stürmischen Aufstakt eröffnet das 1915 bei Larnopol gefallenen Nubi Leopold wirkungsvolle Musik für Orchester, deren sich Werner Loewen in klarer Darlegung der einfach eindringlichen Dematik annahm. — Das gut besetzte, im Parkett ausverkaufte Haus bewies warme Anteilnahme. Alfred Wien.

2. Beilage

zu Nr. 284 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Mittwoch, dem 19. Oktober 1927

Oldenburgischer Landtag.

Die Vorauszahlungen auf die Gehaltserhöhungen. — 11 Prozent Steuerzuschlag. — Zusammentritt und Konstituierung als ein Gesamtausschuß.

* Oldenburg, 18. Oktober.

Seute morgen, 11½ Uhr, eröffnete Präsident Schröder die erste Sitzung mit einer kurzen Begrüßung der Abgeordneten.

Am Regierungstische die drei Minister.

Die Verlesung der Anwesenheitsliste durch Abg. Langmann (Z.) erweist die Gegenwart der Abgeordneten bis auf drei.

Der Präsident teilt mit, daß die Tagung sehr kurz sein solle. Er schlägt deshalb vor, daß die Ausschüsse bestehen bleiben, wie bisher, worauf Abg. Wempe (Ztr.) nach Verlesung der Titel der eingegangenen Vorlagen, die wir weiter unten bringen, beantragte, den ganzen Landtag als Ausschuß für die Bearbeitung der beiden großen Vorlagen einzusetzen, da das eine Vereinfachung der Verhandlungen bewirke.

Abg. Langmann (D.) äußert indes Bedenken dahin, daß in einem Ausschuß, so groß wie der ganze Landtag, nicht so gründlich, wie in den bisherigen kleinen Ausschüssen, gearbeitet werden könne. Er schlägt vor, die Vorlagen dem bisherigen Finanzausschuß zu überweisen. Dabei könne ja jeder Abgeordnete zu den Beratungen kommen.

Abg. Sartong (Ztbl.) meint dagegen, es sei richtiger, die Vorlagen dem Ausschuß 1 (für Besoldungsfragen) zu überweisen oder dem ganzen Landtag mit der Beratung zu beauftragen, jedenfalls nicht den Finanzausschuß.

Abg. Albers (D.) ist nicht der Meinung, daß der Ausschuß 1 mit der Vorlage beauftragt werden müsse, da es sich vorwiegend um eine reine Finanzsache handelt. Das war auch sonst so, weil der Finanzausschuß doch für die gesamte Finanzverwaltung des Landtags verantwortlich ist. Er sei der Meinung, daß die Angelegenheit in einem kleinen Ausschuß, und zwar eben in dem Finanzausschuß, behandelt werden müsse.

Abg. Sartong (Ztbl.) erinnert den Abg. Albers daran, daß die letzte Besoldungsvorlage im früheren Ausschuß 1 behandelt wurde.

Abg. Langmann (D.) hält es doch für richtiger, daß der Finanzausschuß sich mit der Sache befasse.

Abg. Nieberg (Ztbl.) erinnert daran, daß die Eingaben in Besoldungsfragen doch auch vom Ausschuß 1 bearbeitet werden müßten. Nebner beantragt entsprechend.

Die Abstimmung ergibt, daß die Vorlagen dem Landtage als Gesamtausschuß

zu überweisen sind (beschlossen mit 17 gegen 14 Stimmen, den Stimmen der Rechten und des geteilten Zentrums, bei einigen Stimmenhaltungen).

Es liegt ferner ein Antrag des Abg. Fröhle (Z.) vor über Hilfsmittelmaßnahmen für die Landwirtschaft der Landwirtschaft.

Der Antrag wird dem Finanzausschuß überwiesen.

Der Präsident läßt sich die Genehmigung geben, alle Eingaben, die nicht die Besoldungs- und Deckungsfragen, also die beiden Vorlagen betreffen, unberücksichtigt zu lassen.

Auf Antrag des Abg. Vortfeldt (Ztbl.) konstituiert sich der Landtag gleich als Ausschuß, als dessen Präsidenten Abg. Langmann den Landtagspräsidenten Schröder vorschlägt.

Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen, und der Landtag beginnt sofort als Ausschuß zu tagen.

Die Vorlagen.

Vorlage 1.

Der Landtag hat den Oberlandesgerichtsrat Ramsauer zum Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt. Nachdem der Oberlandesgerichtsrat Ramsauer in den Ruhestand versetzt worden ist und danach nicht mehr „den ordentlichen Richtern des Landes“ angehört, wird es erforderlich sein, für ihn einen anderen Beisitzer aus den ordentlichen Richtern des Landes zu wählen.

Vorlage 2.

Am 1. Dezember 1927 scheiden das gewählte Mitglied des Oberverwaltungsgerichts, Ziegeleibitzer D. Schmidt in Jettel, und seine beiden Stellvertreter, Bürgermeister Jordan in Feinmehrfeld und Zeller Franz in Feinmehrfeld, aus dem Verwaltungsgesicht und sind durch Wahlen zu ersetzen.

Vorlage 3.

Die Vorauszahlungen auf die Gehaltserhöhungen.

Die Reichsregierung beschäftigt, die Dienstbezüge der Reichsbeamten und die Versorgungsbezüge der Wartegelds- und Ruhegehaltsempfänger sowie der Beamtenhinterbliebenen mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. zu erhöhen. Der Entwurf eines Besoldungsgesetzes ist bereits vom Reichsrat verabschiedet und geht jetzt dem Reichstag zu. Bereits durch Verfügung des Reichsministers der Finanzen vom 22. September 1926 ist angeordnet, daß bis zur Verabschiedung der Gesetzesentwürfe durch den Reichstag den Reichsbeamten sowie den bezeichneten Empfängern von Versorgungsbezügen auf das Mehr, das sie aus der Neuordnung der Bezüge zu erwarten haben, vom 1. Oktober d. J. an monatliche Vorschüsse zu zahlen sind. Entsprechende Vorschüsse werden auch den im Reichsdienst beschäftigten Tarifangestellten gezahlt, deren Bezüge gleichfalls erhöht werden sollen. Die erstmals am 1. Oktober d. J. gezahlten monatlichen Vorschüsse sind vom Reich wie folgt festgesetzt worden:

Besoldungsgruppe	Verheiratete	Ledige
I—V	25 Rm.	20 Rm.
VI—VIII	30 „	25 „
IX—XI	50 „	40 „
XII und höher	70 „	60 „
Außerplanmäßige Beamte (Diatäre) aller Gruppen	20 „	20 „

II. Wartegelds- und Ruhegehaltsempfänger (sowie Empfänger von Hinterbliebenenbezügen).

10 v. S. des Monatsbetrages der Wartegelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge unter Ausschluß der Frauen, Kinder- und sonstigen Zuschläge, jedoch nicht mehr als 70 Rm.

III. Angestellte.

Die Vorschüsse entsprechen den unter I genannten Beträgen. Sie werden, wie die ordentlichen Dienstbezüge, den Angestellten in Halbmonatsbeträgen gezahlt.

In Uebereinstimmung mit der Reichsregelung hat Preußen die Zahlung gleichbemessener Vorschüsse an seine Beamten usw. angeordnet und dabei die Vorschüsse für die Angehörigen der Ordnungspolizei folgendermaßen festgesetzt:

Besoldungsgruppe	Verheiratete	Ledige
II	10 Rm.	— Rm.
III	15 „	— „
IV und V	25 „	20 „
VI—VIII	30 „	25 „
IX—XI	50 „	40 „
XII und höher	70 „	60 „

Soweit bekannt geworden ist, gewähren auch die anderen deutschen Länder ihren Beamten usw. Vorschüsse in gleicher Höhe.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die oldenburgischen Landesbeamten, Angestellten, Volksschullehrer, Wartegelds- und Ruhegehaltsempfänger sowie die Empfänger von Hinterbliebenenbezügen in ebenso dringlichem Maße wie die Beamten usw. des Reichs und der anderen Länder einer Aufbesserung ihrer Bezüge bedürfen, auf die ihnen bis zur endgültigen Neuordnung der Dienst- und Versorgungsbezüge in gleicher Weise wie im Reich Vorschüsse zu gewähren sein werden. Die Vorschüsse werden vom 1. Oktober d. J. an zu zahlen und im übrigen auf die vom Reich, bei den Angehörigen der Ordnungspolizei auf die in Preußen gewährten Beträge festzusetzen sein, wobei erforderlichenfalls, zum Beispiel bei Personen, die im Staatsdienst nicht voll beschäftigt sind und deshalb aus der Staatskasse nur eine Teilbesoldung beziehen, eine entsprechende Verabfolgung der Vorschüßbeträge erfolgen muß. Auf die Vorschüsse für den Monat Oktober d. J. sind die für diesen Monat bereits gezahlten geringen Vorschüßbeträge anzurechnen, die auf die vom 1. Oktober d. J. an geplante Erhöhung der Ortszuschläge aus den hierfür in den Haushaltsplänen für das Rechnungsjahr 1927 vorgesehenen Mitteln gezahlt sind.

Wenn ein Gesetzesentwurf über die Neuordnung der Bezüge der oldenburgischen Beamten dem Landtage vorgelegt wird, kann zurzeit noch nicht gesagt werden, da zunächst einmal die Verabschiedung der Besoldungsgeetze im Reichstag und Preussischen Landtag abgewartet werden muß. Die Vorlage fordert deshalb die Mittel für die Vorschüsse in der Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928. Ueber die Aufbringung der erforderlichen Beträge wird dem Landtage eine besondere Vorlage zugehen.

Der aus den Staatskassen zu bestreitende Aufwand für die Vorschüsse ist für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928 ermittelt:

für die Zentralkasse zu	30 000 Rm.,
für den Landesteil Oldenburg zu	440 000 „
für den Landesteil Lübeck zu	50 000 „
für den Landesteil Wirtensfeld zu	51 000 „

Zusammen 571 000 Rm.

Da die Zentralkasse aus den Kassen der drei Landesteile nach dem festgelegten Anteilsverhältnis gespeist wird, erhöhen sich die obigen Beträge

für den Landesteil Oldenburg auf	463 700 Rm.,
für den Landesteil Lübeck auf	53 600 „
für den Landesteil Wirtensfeld auf	53 700 „

zusammen 571 000 Rm.

Die Staatsregierung beantragt:

Der Landtag wolle der Gewährung der bezeichneten Vorschüsse zustimmen und zur Deckung der Vorschüßbeträge zu den Haushaltsplänen für das Rechnungsjahr 1927 die entsprechenden Beträge nach beizubilligen.

*.

Vorlage 4.

Die Steuererhöhung um 11 Prozent.

Entwurf

eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg über die Erhöhung des Steuerfußes der Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer und der Steuer vom bebauten Grundbesitz.

§ 1. Das Staatsministerium wird ermächtigt, zur Deckung der auf Grund der Vorlage vom 14. Oktober 1927 über die Vorschüßzahlungen auf die Besoldungsneuordnung erforderlichen Ausgaben im Wege der Verordnung den für das Rechnungsjahr 1927/28 für den Landesteil Oldenburg festgesetzten Steuerfuß der Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer und Steuer vom bebauten Grundbesitz in der Weise zu erhöhen, daß sich durch diese Erhöhung bei jeder dieser Steuern ein um 11 Prozent höherer Betrag ergibt, als im Haushalt des Landesteils Oldenburg für 1927 für sie vorgesehen ist. Die bereits festgesetzten Steuern erhöhen sich ohne weiteres entsprechend, ohne daß es einer neuen Veranlagung und eines Steuerbescheides bedarf. Auf Grund dieses Gesetzes sich ergebende Steuerbeträge unter 50 Rpf. können auf Anordnung des Ministeriums der Finanzen unerhöht bleiben. Der im Satz 1 vorgesehene Steuerfuß der Steuern darf hierdurch nicht wesentlich geändert werden.

§ 2. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Begründung:

Die Vorlage über die Vorschüßzahlungen auf die Besoldungsneuordnung sieht Mehraufwendungen an Gehältern, Vergütungen usw. für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 1927/28 in Höhe von etwa 464 000 Reichsmark für den Landesteil Oldenburg vor. Für diesen Betrag ist keine Deckung vorhanden. Er muß daher durch Steuererhöhung aufgebracht werden.

Es erscheint billig, die erforderliche Summe gleichmäßig auf die hierfür in Frage kommenden Landessteuern zu verteilen, da der Landtag die bisherige Relation dieser Steuern zueinander als angemessen anerkannt hat. Es ergeben sich sodann infolge der vorgeschlagenen Erhöhung folgende Mehreinkünfte:

Grund- und Gebäudesteuer	226 600 Rm.,
Gewerbesteuer	33 000 „
Steuer vom bebauten Grundbesitz	200 000 „

zusammen 479 600 Rm.

An die hiesige Frauenwelt!

Wer sein Haar auf waschen, pflegen und gesund erhalten möchte, hole in einem Packgeschäft 10 g Zuberanals, wie es in 250 g Wasser auf und frohiere damit das Haar gründlich. Bei regelmäßigem Gebrauch wird das Haar glänzend weich, voll und von natürlicher Farbe.

Es wird Sie interessieren

daß durch Schaffung neuer Grundlagen für unseren Rohstoffeinkauf und durch fortlaufende Ergänzung unserer Bestände an hochwertigen mazedonischen und türkischen Rohstoffen der geradlinige, weitere Güteauffstieg unserer mildsüßen 5 Pfg. Zigarette Lucy Doraine unabhängig von irgendwelchen Schwankungen der verschiedenen Tabakernten unbedingt gewährleistet ist!

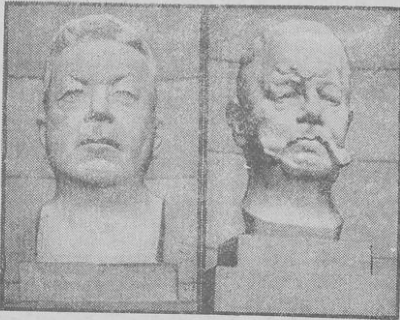
ZUBAN A.G. GEGR. 1882



3. Beilage

zu Nr. 284 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Mittwoch, dem 19. Oktober 1927

Feierliche Aufstellung der Ebert- und der Hindenburg-Büste im Reichstag.



Am 18. Oktober wurden die Büsten des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und des Reichspräsidenten von Hindenburg in der Wandelhalle des Reichstages aufgestellt.

Zur Verkehrsorganisation.

Bau eines Fahrradclubs.

In der Grünen Straße, unmittelbar neben dem Obsthäuschen, wird auf Veranlassung der Verkehrswoche in Oldenburg ein Holzschuppen errichtet, der der Aufbewahrung von Fahrrädern, namentlich der auswärtigen Bevölkerung, gegen Entrichtung einer Gebühr dienen soll. Er soll Ende dieser Woche fertiggestellt werden. Es muß abgewartet werden, in welchem Maße die Bevölkerung von der neuen Möglichkeit zur sicheren Aufbewahrung der Fahrräder, die ein bedeutendes Verkehrsmittel in der Stadt Oldenburg darstellen, Gebrauch machen wird. Die Verkehrswoche Oldenburg hat am Gebäude der Hauptpost, wie kürzlich mitgeteilt, 24 Fahrradständer eingerichtet, wo gegen Entrichtung einer Gebühr jeder sein Fahrrad zur Aufbewahrung unterstellen kann. Mühte bisher an sämtlichen 24 Fahrradständern die Gebühr entrichtet werden, so kann man in Zukunft sein Fahrrad in einem Teil der Fahrradständer auch unentgeltlich unterstellen, allerdings wird in diesem Falle selbstverständlich eine Haftung für die sichere Aufbewahrung des Fahrrades von der Verkehrswoche nicht übernommen. Es besteht zwar in seiner Weise ein Zwang zur Unterstellung der Fahrräder an den eingerichteten Fahrradständern, nachdem aber auch unentgeltliche Fahrradständer eingerichtet worden sind, hat die Oberpostdirektion Oldenburg mit dem Recht des Eigentümers verfügt, daß Fahrräder in Zukunft nicht mehr an das Hauptpostgebäude anderweitig angelehnt werden dürfen.

Albert Gellert.

Roman von Carl Traut.

Copyright by Verleger, Arelfeld.

41. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sie aber hielt ihn zurück. Ein kindlicher Unbeherrschtheit und ohne auch nur im geringsten das weibliche Tatgefühl zu betonen, hat sie ihn.

„Nehmen Sie mich mit, Herr! Sie sind gut zu mir, obwohl ich nur ein Zehntelmann bin. Nehmen Sie mich bei sich. Meine letzten Jahre sind alles, was ich Ihnen verdankte.“

„Erst stand dem unerwarteten Anbruch dieses Naturfisches mit der Stillefeste eines jungen Mädchens gegenüber. Er stotterte Dankesworte und sprach von sofortiger Abreise.“

„Sie schüttelte den Kopf.“

„Sie wollen mich nicht! Sie verschmähen mich!“ Dann ergriß sie, ohne die vielen vorübergehenden Menschen zu beachten, seine Hände. „Mein, Herr, Sie verschmähen mich nicht! Sie wollen mich nur auf die Probe stellen.“

„Sindliches Nicken und eine nicht zu verbergende Angst saßen in ihren großen, schwarzen Augen.“

„Er machte sich Schritt.“

„Aus ihren Augen flossen die Tränen in unaufhaltsamem Gerinnen. Natos und jauchzend stand er neben ihr.“

„Da zog sie den kostbaren Ring vom Finger und steckte ihn Erich, ehe er es abwehren konnte, in die Seitentasche seines Rockes. Noch einen verzweiferten Blick aus ihren großen Augen warf sie ihm zu, dann wandte sie sich ihm ab.“

Ein Abschied, der Erich durchs Herz ging.

Im Hotel wurde er von v. Westling mit Vorwürfen empfangen. Durch die Westfalsch habe die Polizei in Bewegung gesetzt. Durch die ganze Stadt war nach ihm geschrien worden. Jetzt glaubte Westling, daß Erich einem gewissen Abenteuer nachgegangen sei. Er lachte und schimpfte abwechselnd.

„Erich aber blieb ernst. Er bat v. Westling in sein Zimmer. Dort berichtete er ihm wortgetreu über sein seltsames Erlebnis.“

Der junge Diplomat mit der leidenden Lebensauffassung und dem warmen Herzen sah lange, ohne ein Wort zu antworten. Gedankenvoll sah er dem aufsteigenden Rauch seiner Zigarette nach.

Neue Erfolge der Oldenburger in Dortmund.

(Eigener Drahtbericht der „Nachrichten“.)

R. Dortmund, 18. Oktober.

Das Wetter war heute günstig, der Regen hat nachgelassen, ein prächtiger Herbsttag. Vormittags fand ein 100-Meter-Lauf statt, an dem sich rund 80 Reiter beteiligten. Der Oldenburger Alldorf hat mit 13 % Sekunden alle geschlagen; auch die übrigen sechs Oldenburger haben die Bedingungen gut erfüllt. Ebenso haben die jungen Oldenburger im Fahren gut abgeschnitten. Näheres ist noch nicht bekannt.

Das

Zweispänner-Fahren

brachte den Oldenburgern wieder einen großen Erfolg. Sie hatten eine schwere Konkurrenz mit Hannover und Holstein zu bestehen, die aber glänzend zu Oldenburgs Gunsten entschieden wurde. Dr. Baumgartners „Goldengel“ und „Moland“, Fahrer Alldorf, ließen überaus mühelos behaupten sie den ersten Platz. Zweiter wurde das Fahrens bildungsstommando Hannover mit den wundervoll gepflegten, herrlich aussehenden und gut gehenden Oldenburgern „Goldath“ und „Solath“ Bruder, Fahrer Major Woerler. An dritter Stelle standen die Hannoveraner, an vierter die Holsteiner.

Der Besuch war zu Beginn des Nachmittags mäßig, hat sich aber nachher gehoben, als um 6 Uhr die

ländlichen Reitervereine

in ihrer Gesamtheit in die Halle eintritten. Als der Lautsprecher verkündete:

„Achtung! Nunmehr erfolgt der Aufmarsch der Reitervereine!“

benachrichtigt sich der Zuhörer eine starke Spannung und ein deutlich vernehmbar „Ah“ geht durch die Reihen. Die Vereine ziehen dem Alphabet nach in die Halle ein, Oldenburg reitet an fünfter Stelle. Wenn die führt wieder seine tüchtige junge Mannschaft. Ein wundervoller Anblick, als die jungen Landwirte mehrere Ehrenrunden in allen möglichen Gangarten durch die Arena reiten. Alle im schmalen Reiterfeld einheitlich gekleidet, jeder Reiter seine Parade in Landesfarben mit. Die Augen der Oldenburger sind selbstverständlich immer wieder auf ihre Landsleute gerichtet.

Man sieht es den stolzen Vorden nicht an, daß die meisten von ihnen kurze Zeit vor Beginn des Disputates noch auf dem Ader ihren Hafer verdienten. Und die Reiter meistern ihre Pferde wie Verspreiter. Immer wieder durchbrausen donnernde Beifallsstürme die Halle, und als zum Schluß das „Deutschlandlied“ gespielt wird, singt die Menge begeistert mit. Unter starkem Beifall ziehen die Pferde schließlich in ihre Ställe.

Oldenburg kann stolz sein auf seinen Erfolg in der Eignungsprüfung für Wagenpferde (Einspannung) worüber wir schon drastisch berichteten. An der Konkurrenz waren 7 Pferde beteiligt. Von den 5 Preisen, die verteilt wurden, entfielen 4 auf Oldenburg. Der erste, und zwar der erste, dritte, vierte und fünfte. Der zweite entfiel auf einen Holsteiner.

Die „Dortmunder Zeitung“ schreibt: Sieben hervorragende Gespanne in prächtiger Aufmachung traten in den Wettbewerben und wussten durch ihre Leistungen, die teilweise fabelhaft waren, das Publikum in den Mann zu

ziehen. Besonders gefielen dabei die Vertreter des Oldenburger Schlages. Sie imponierten nicht allein durch ihre ionischen, schwingvollen Tritte, sondern auch durch ihren kolossal Körper. Dr. Baumgartners „Goldengel“ verbesserte seine enormen Tritte in jeder Runde, er konnte sich nicht fast traben und erhielt für seine Gangleistung die goldene Schleife. Die braune Oldenburgerische Stute „Ella“ durchmaß mit gleichmäßig schönen, natürlich-freien Tritten die weite Halle.

Und über das Eintreffen der Gespanne von der Distanz fährt schreibt dasselbe Blatt u. a.: Ein Gespann der Oldenburger hat sogar eine Last von 90 Zentnern nach Dortmund gebracht. Die Tiere waren frisch, Ermüdung und Ueberanstrengung konnte nirgends beobachtet werden. — Es waren Reiter und Gespanne gekommen aus Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Westfalen, Rheinland, Sachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Strelitz, Hannover, Brandenburg, Pommern. Oldenburg hatte zwei Gespanne gestellt, alle übrigen eins.

Von den weiteren Veranstaltungen verdient insbesondere noch die

Materialprüfung

Erwähnung, für die ein Preis des preussischen Landwirtschaftsministeriums ausgeschrieben ist. Sie erstreckt sich in ihren verschiedenen Einzelheiten über die ganze Woche hin. Es wird hier Aufschluß gegeben über die Qualität und den äußerlichen sowie turnierpolitischen Wert der teilnehmenden Pferde. Neben bisher unbekannten bekommt man hier die Elite unserer Pferdebucht zu sehen. Ein besonderes Charakteristikum läßt sich schon jetzt feststellen: Es werden die alten bewährten Kämpen durch in der Turnierarena fast unbekannte Pferde geschlagen, ein Zeichen, wie die Nachzucht sich ständig verbessert. Allerdings findet man auch vielfach Pferde, die für eine solche hochwertige Konkurrenz noch nicht fertig sind.

Bei der Materialprüfung für Reitpferde (Teilnehmerklasse), an der Oldenburg noch nicht beteiligt war, schnitt die hannoverscheucht erfolgreich ab.

Ein erfreuliches Bild bot die

Eignungsprüfung für Damen-Reitpferde,

die unsere besten und routiniertesten Amazonen im Sattel sahen. Hier trug der Stall Bärker wieder einen bemerkenswerten Erfolg davon. Die schwere Klasse sah von oben von oben, die Sieg auf Sieg in letzter Zeit für sich in Anspruch nahm, wieder an der Spitze.

Am Mittwoch findet Gelände- und Dauertritt statt. Das Prämierungsergebnis wird heute abend verkündet.

Orths Brustbalsam

das bestbewährte Arzneimittel gegen Husten, Keuchhusten, Verschleimung, Grippe, wird jetzt hergestellt unter Aufsicht eines Apothekers. (Nähe Nr. 2, Familienpackung (doppelte Menge) 3,50. Alle Sorten: Dr. Orths, Gräpferbinder. Erhältlich in allen Apotheken. Verschicken Sie bitte unseren Zettel aus der Ausstellung im „Riegelhof“ am Mittwochsnachmittag, wo der Werdegang des Balsams gezeigt wird.

„Ich möchte Sie beneiden, Herr Burtard.“

„Und weiter?“

„Ist das noch nicht genug? Vier Jahre habe ich hier im Lande gelebt und, abgesehen von alltäglichen Mühen, nichts erlebt. Und da kommen Sie und schauen nur mal in die Gegend hinein! —“

„Erich erhob sich.“

„Wann wollen wir reisen?“

„Nun!“

„Eine innere Macht treibt mich von hier fort. Vielleicht finden wir in China irgendeine Spur.“

„Aha, die Macht der Suggestion!“ Der Postfachsekretär lachte.

„Spotten Sie nicht! Meinertwegen bleiben Sie hier und setzen Ihre Nachforschungen auf Ostchina fort. Ich werde jedenfalls mit dem ersten fälligen Schnell dampfer zum Festland hinüberfahren.“

„Ich werde mit Ihnen meine Zelte abbrechen!“

„Und Ostchina?“

„Ist zweifellos! Jedenfalls befindet sich Ihr Freund dort nicht!“

„Erich sah den Postfachsekretär fragend an.“

„Heute morgen ist der von der Westfalsch dorthin entsandte Beamte zurückgekommen. Auf ganz Ostchina hält sich kein Fremder verkehrt. Unsere Leute dorthin ist also überflüssig geworden. Deswegen habe ich auch bereits den Jagdaussatz abgesetzt.“

„Und was ist Ihr weiterer Plan?“

„Um, jetzt, nach dieser Duplizität der Mitteilungen —“

„Welcher Duplizität?“

„Ja, ich habe Ihnen noch nicht erzählt, daß ich gestern abend, nachdem Sie mich so schnell im Stich gelassen hatten, meinen Freund Natos noch einmal aufgesucht habe. Der alte Ganner wäre zwar bei meinem Eintritt in seinen geheiligten Zempelpalast noch quittengelb geworden, wenn es möglich gewesen wäre. Aber das störte mich nicht. Ich habe ihm die Pistole auf die Brust gesetzt. Es war zwar ein gefährliches Unternehmen, denn die Wunde in Natos' Leber schreut auch vor einem Wort nicht zurück. Aber Natos gab schließlich klein bei. Mit Drohungen, Schmeicheleien und Dollars habe ich gearbeitet. Zum Schluß bezeugte er mir einige der Leute, die bei Ostfalsch Erzählung zugegen gewesen sind. Auf dem Heimwege habe ich mir einen der Kerle, der als ein sehr verlässlicher, verzeihlich. Na, schwer genug ist's wohl gewesen, ihn zum Reden zu bringen. Aber schließlich ist's mir doch geglückt. Und was nun die Duplizität der Mitteilungen betrifft —“ Er stand auf und steckte sich eine Zigarette an. Dann trat er dicht vor Erich hin. „Lieber

Freund, die Erzählung Ihres Mediums stimmt ziemlich genau mit dem meines Gewährsmannes überein. Da Ihnen weit in Zentralasien irgendwo hat Ihr Freund nach einer Flugzeugpasse mit einer hübschen Person und deren Begleitung die Flucht ergötzt. Fabelhafte Sache übrigens, schaltete er begeistert ein. „Ihr Freund ist einfach zu beneiden!“

„Und weiter ist über das Schicksal der Flüchtlinge nichts bekannt?“

„Dieser angebliche Katuru muß über ausgedehnte Beziehungen verfügen. Er hat ihnen Hunderte von Spürhunden auf die Fersen gesetzt. An der Nordgrenze Chinas soll es zu einem Kampfe gekommen sein. Sibirische Tataren hätten schließlich eingegriffen und die Fortsetzung der Flucht ermöglicht.“

„Erich trampelte beide Fäuste gegen seine Brust. Er atmete hörbar.“

„Danach ist ein Zweifel an der Eschergabe des alten Japaners ausgeschlossen.“

„Oho, mein Freund, nicht so frühmüde!“ erklärte Westling. „Wer garantiert Ihnen, daß der alte Schaumfänger nicht genau so gut über das Schicksal Ihres Freundes Bescheid gewußt hat, wie die Leute in Natos' Leber? Ostfalsch ist von Katuru nach der Flucht geschlagen worden. Wer das heimliche Ergebnis der Japaner kennt, kann ermessen, welchen Haß er auf seinen Patron geworfen hat. Sicher hat der Diener einen bestimmten Plan damit verfolgt, daß er das Abenteuer überall herumzerrte. Und da Katuru es erfuhr, ließ er seiner Schwächigkeit ein für allemal den Mund stopfen.“

„Aber die Erscheinung im Spielzimmer?“

Westling klopfte mit dem Zeigefinger die Asche von der Zigarette ab.

„Selbstverständlich so gut wie unerklärbar. Aber wenn uns Zeit und Gelegenheit gegeben wären, die feinen und vielfältig verflochtenen Fäden japanischer Spioniererei aufzudecken, würden Sie Ihre Ansichten über die transzendentalen Fähigkeiten dieses Volkes ein wenig revidieren. Von der kleinen Japanerin blies alsdann schließlich nicht viel mehr übrig, als eine geschickte Taschenpietäer. Doch den Schmerz möchte ich Ihnen nicht antun. Wenn wir uns noch einen Reiterlohn verdienen wollen. Ihr Freund hat die Bügel seines Schicksalswagens verdammt fest und geschickt in die Fäuste genommen. Ich drehe darauf, den Mann kennen zu lernen.“

(Fortsetzung folgt.)

